

Projektgruppe „Marburger Aktionsplan“ - Erstellen eines Handlungskonzeptes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Universitätsstadt Marburg

Protokoll - Arbeitstreffen am 09.06.2016

Teilnehmende Projektgruppenmitglieder

- Dr. Heinz-Willi Bach (DVBS e.V., Mitglied des Behindertenbeirates)
- Roland Böhm (Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., Mitglied des Behindertenbeirates)
- Kerstin Hühnlein (Stadt Marburg, Fachdienst Soziale Leistungen, Behindertenhilfe)
- Heike Klewinghaus (Stadt Marburg, Fachdienst Soziale Leistungen, Raus ins Leben)
- Anneliese Mayer (Verein zur Förderung der Inklusion behinderter Menschen, MdB)
- Bettina Steffan (Evangelische Kinderkrippe, Mitglied des Behindertenbeirates)

Netzwerkpartnerinnen und -partner als Gäste

- Dieter Finger (Stadt Marburg, Fachdienstleitung Personal-, Organisations- und Beteiligungsmanagement)
- Doris Hilberger (Stadt Marburg, Fachdienst Technische Dienste)

Projektgruppenleitung und Protokoll

- Monique Meier (Stadt Marburg, Sozialplanung)

Tagesordnung

TOP 1 - Begrüßung und aktueller Stand

TOP 2 - Handlungsbereich Stadtverwaltung (siehe letztes Protokoll 3.05.16, Seite 2)

TOP 3 - Organisatorisches (Befragung/Fragebogen, Termine etc.)

TOP 1 - Begrüßung und aktueller Stand

- Frau Meier begrüßt die anwesenden Projektgruppenmitglieder und die Gäste, Herrn Finger (Leitung des städtischen Fachdienstes „Personal-, Organisations- und Beteiligungsmanagement mit Wahlen und Stadtarchiv) und Frau Hilberger (Mitarbeiterin des städtischen Fachdienstes Technische Dienste)
- Herr Hagenbring (Schwerbehindertenvertretung) kann nicht am heutigen Arbeitstreffen teilnehmen, die Vertretungen Frau Cremer und Herr Krämer haben sich für den Termin entschuldigt
- die Sozialplanung wird am 15.06. in einem Kooperationstreffen mit Herrn Hagenbring über eine Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung am Marburger Aktionsplan sprechen, bei Bedarf kann ein gemeinsamer Termin mit der gesamten Projektgruppe erfolgen
- Ziel des heutigen Arbeitstreffens: Handlungsansätze zur verbesserten Teilhabe im Handlungsbereich der Stadtverwaltung entwickeln
 - die Stadt als (zukünftiger) Arbeitgeber
 - die Stadt als DienstleisterAspekte: Arbeitsplatzausstattung, Schulung von Beschäftigten u.a. Umgang im Team, Organisation von Veranstaltungen etc.

- Frau Meier stellt zunächst den aktuellen Stand der Erarbeitung des Gesamtkonzeptes vor, alle bisher vorgelegten Handlungsansätze werden den Mitgliedern regelmäßig als PDF-Dokument zugeschickt
- es haben seit dem letzten Projektgruppentreffen weitere Kooperationsgespräche und Kooperationstreffen stattgefunden
- am 10.05. fand ein Kooperationstreffen der Stadt und der Ev. Hochschule Darmstadt statt, Frau Anneliese Mayer als Lehrbeauftragte an der Hochschule plant eine Studie zu der Lebenssituation und den geschlechtsspezifischen Bedarfen von Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigungen, an dem Treffen nehmen Frau Prof. Dr. Gerner von der EHD, Frau Mayer, Frau Dr. Amend-Wegmann (Gleichberechtigungsreferat der Stadt) und Frau Meier (Sozialplanung) teil
- am 11.05. war die Sozialplanung zu Gast im Netzwerk Inklusion, um über die Erarbeitung des Aktionsplanes zu informieren, es gab einen Austausch über Bedarfe und Verbesserungsideen, Herr Anderer von der Musikschule wird Handlungsansätze im Bereich der Bildung und im Handlungsbereich Freizeit formulieren
- es gab ein Kooperationsgespräch mit Herrn Wiegand, Betriebsleiter des DBM, beim DBM sind zahlreiche Menschen mit Behinderungen beschäftigt und Herr Wiegand wird intern besprechen, welche Handlungsansätze und Planungen für die Zukunft verschriftlicht werden
- Herr Rau von Fahrgastbeirat/Nahverkehrsbeirat hat einen Ansatz zum „Barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr“ verschriftlicht, das Bauamt als Kooperationspartner wurde informiert, es erfolgte eine Abstimmung zum Handlungsansatz „Barrierefreie Bushaltestellen und Fahrgastinformationssystem“ mit Bauamtsleitung Herrn Rausch
- der Termin mit der Schwerbehindertenvertretung wurde vom 8. auf den 15. Juni verschoben, Bericht der Ergebnisse folgt beim nächsten Treffen der Projektgruppe
- vom Fachbereich „Kinder, Jugend und Familie“, Fachdienst Jugendförderung wurden bisher 5 Ansätze vorgelegt: zur Arbeit des Kinder- und Jugendparlamentes, zur Berufsorientierung für Mädchen, zu barrierefreien Angeboten im Haus der Jugend, Angeboten der Jugendförderung und Berufsorientierungsmaßnahmen
- die blista hat bisher zwei Handlungsansätze geschickt und weitere angekündigt, u.a. gibt es eine Wissenschaftskooperation der blista mit der Philipps-Universität im Bereich der Teilhabeforschung
- weitere neue Handlungsansätze wurden vom IFD, dem Verein für Betreuung und Selbstbestimmung und dem Frauennotruf vorgelegt
- der Frauennotruf hat eine Datenbank zur barrierefreien psychologischen Betreuung aufgebaut und übernimmt die Pflege und Weiterführung als Ansprechpartner
- der aktuelle Zwischenstand des Inhaltsverzeichnisses ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt, der Bildungsbereich ist bisher noch unterrepräsentiert

TOP 2 - Handlungsbereich Stadtverwaltung

- 1. Fragestellung: Was kann zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung getan werden? Verbesserung der Teilhabe für Beschäftigte und zukünftig Beschäftigte, Aspekte: barrierefreie Arbeitswelt, Arbeitsplatzausstattung, Organisationsentwicklung, Fortbildungen der Beschäftigten
- 2. Fragestellung: Was kann die Stadt als Dienstleister verbessern, um eine Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu fördern? Themen: Durchführen von Wahlen, Organisation von Veranstaltungen, Fortbildungen der Beschäftigten etc.
- Ziel der heutigen Sitzung: es werden Handlungsbedarfe thematisiert, Ideen gesammelt und es sollen gemeinsam Handlungsansätze für den Aktionsplan überlegt werden

- in der Stadtverwaltung sind 1.300 Menschen beschäftigt, 70 % sind weiblich
- 60 Auszubildende (3 Lehrjahre), 10 % Beamtinnen/Beamte
- Herr Finger als Leiter des städtischen Fachdienstes „Personal-, Organisations- und Beteiligungsmanagement inklusive Wahlen“ stellt den aktuellen Stand dar
- Herr Finger weist darauf hin, dass die Stadtverwaltung Marburg nach der letzten Erhebung für 2015 eine Quote von 9,78 % bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen erreicht (eine Ausgleichsabgabe ist bei einer Quote von unter 5 % zu zahlen), dabei sind 72 weibliche und 28 männliche schwerbehinderte Menschen als Beschäftigte bzw. Beamtinnen/Beamte registriert
- aus seiner Sicht trifft die Aussage, dass "in den Öffentlichen Diensten nicht ausreichend Menschen mit Behinderungen eingestellt werden", für die Stadtverwaltung Marburg nicht zu, die Stadt Marburg kommt den Vorgaben nach
- Nachfrage zu erworbenen Behinderungen während der Dienstjahre in der Stadtverwaltung, es gibt keine Statistiken, wie viele Beschäftigte erst mit zunehmenden Alter eine Behinderung erworben haben, es wird in der Stadtverwaltung bewusst auf eine solche Statistik verzichtet
- Thema: Einstellen von Menschen mit Behinderungen, Schwerbehinderte werden in Stellenausschreibungen explizit aufgefordert, sich zu bewerben
- Stellenausschreibungen werden unabhängig von der Quote veröffentlicht
- Überlegung gezielt junge Menschen mit Behinderungen anzusprechen, potentielle Auszubildende zu einer Bewerbung ermuntern
- mehr Azubis mit Behinderungen einstellen und unterstützend begleiten
- Herr Finger nimmt Bezug auf die unterschiedlichen Anforderungen der Arbeitsbereiche und Stellen, je nach Einsatzbereich ist eine Einstellung möglich
- nach den Formen der Behinderungen betrachtet, gibt es beispielsweise Beschäftigte mit geistiger Behinderung bei den Städtischen Bädern
- Herr Finger berichtet, dass u.a. in den Betreuungseinrichtungen nur wenige Beschäftigte mit Behinderungen arbeiten
- Thema: Aufsichtspflicht in der Betreuung, längerer Austausch über Möglichkeiten eines sehbehinderten Menschen in der Kinderbetreuung zu arbeiten
- Frau Steffan ist als Expertin an den Einstellungskriterien der Stadt interessiert
- Herr Finger erklärt, dass die Möglichkeiten stets geprüft werden, der Integrationsfachdienst wird hinzugebeten
- es wird Niemand von vornherein bei Stellenausschreibungen ausgeschlossen, bei einigen Arbeitsplätzen bestehen bauliche Barrieren für Rollstuhlfahrende, Beispiel: im Bauamt sind die oberen Etagen nur über Treppen zu erreichen
- Zusatzkräfte können eingestellt werden, Stellenschlüssel ist zu beachten
- nach Aussage von Herrn Finger werden individuelle Lösungen erarbeitet
- Frau Hilberger von den Technischen Diensten (Handlungsbereich: Kommunikation und Information) gibt Informationen zum derzeitigen Stand
- es gibt Ansätze in Bezug auf das Intranet, Homeoffice und individuelle Ausstattungen
- es gibt Hilfsmittel und individuelle Lösungen bei der Arbeitsplatzausstattung
- einen Bedarf gibt es noch bei der Arbeitsplatzausstattung für Praktikanten, je nach Vorlaufzeit funktioniert die Umsetzung in den meisten Fällen gut, Information aus der Projektgruppe zum Hilfsmittelpool bei Arbeit und Bildung, Verleih von benötigten Hilfsmitteln kann evtl. auch kurzfristig erfolgen
- gemeinsames Überlegen nach Verbesserungsbedarfen, von Frau Dr. Amend-Wegmann liegt bereits ein Handlungsansatz vor zur „Förderung von Frauen mit Behinderungen bzw. von Frauen, die von Behinderung bedroht sind innerhalb der Stadtverwaltung“
- das Gleichberechtigungsreferat plant eine Erweiterung des Frauenförderplans um Maßnahmen zur Förderung von Frauen mit Behinderungen bzw. von Frauen, die von Behinderungen bedroht sind

- beim letzten Termin war Frau Amend-Wegmann zu Gast und es wurde über den Ansatz einer Integrationsvereinbarung der Dienststelle gesprochen
 - bei der Erarbeitung einer solchen Integrationsvereinbarung wäre das Einbeziehen des Personalservice, des Personalrates und der Schwerbehindertenvertretung notwendig, Unterstützung bei der Erarbeitung einer solchen Integrationsvereinbarung kann über den LWV, den IFD und die Fachleute der Projektgruppe/Mitglieder des Behindertenbeirates erfolgen
 - Herr Finger und Frau Hilberger sprechen sich gegen die Erarbeitung einer Integrationsvereinbarung der Dienststelle aus, da sie diese eher als enges „Korsett“ sehen, mit welchem die Dienststelle sich einengen würde
 - es werden individuelle Lösungen einer Integrationsvereinbarung vorgezogen, Frau Meier wird dies am 15.06.2016 mit Herrn Hagenbring als Schwerbehindertenvertretung der Stadt ebenfalls besprechen
 - Austausch über die Integration eines Beschäftigten in einem Team, Themen: Mehrarbeit für die anderen Teammitglieder, Umgang, Offenheit, Berührungsängste
 - Austausch über Arbeitsassistenz, personelle Unterstützung
 - Herr Bach berichtet von einem betriebsinternen Minderleistungsausgleich, der von der Agentur für Arbeit praktiziert wird, dieser ist der Stadt in Bezug auf Reinigungskräfte bekannt
 - die Projektgruppenmitglieder sprechen weitere Themen an: Leistung, Leistungsdruck, Ängste, Haltung der Stadt und der Kolleginnen
 - Ansatz: Angebot von Mitarbeiterschulungen, um Miteinander zu fördern, Verständnis füreinander, Berührungsängste nehmen
 - Austausch über Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM), wird bei der Stadt bereits praktiziert
 - Herr Finger weist darauf hin, dass es eine gute, offene Kultur in der Stadtverwaltung gibt und es aus seiner Sicht keinen konkreten Handlungsbedarf gibt
 - die technische Situation ist kein Problem und nur die räumliche Situation hat ihre Grenzen
 - diese baulichen Barrieren gibt es in Bezug der Stadtverwaltung als Arbeitgeber, aber auch als Dienstleister, da nicht alle Gebäude kundenfreundlich sind
 - fehlende Barrierefreiheit von Gebäuden besteht u.a. im Rathaus, Kulturamt und auch im Steueramt (Publikumsverkehr)
 - Thema: Veranstaltungsorganisation, Frau Hühnlein und Frau Schroll haben eine eigene Version des Barriere-Checkers entworfen
 - Wunsch aus der Gruppe, Veranstaltungen wie den Neujahrsempfang besser zu planen (Barrierefreiheit, Stehtische/Sitzecken, Beschilderung etc.)
 - Überlegung von Frau Hilberger was aus der Sicht der Technischen Dienste noch getan werden könnte, sie schlägt eine technische Überprüfung vor, um mit dem neuen Kalenderprogramm über outlook Termine mit einer Checkliste zu planen
 - diese Idee tritt in der Gruppe auf große Zustimmung, da ein bewussteres Planen von internen Terminen auch zu einem bewussteren Umgang mit Terminplanungen bei Treffen mit Kooperationspartnern führt
 - Handlungsansätze:
 - potentielle Auszubildende mit Behinderungen in den Blick nehmen, mehr junge Leute mit Behinderungen ansprechen und integrieren, gute Betreuung während der Ausbildung wichtig
 - mit dem Barriere-Checker arbeiten, Veranstaltungen bewusster planen (leichte Sprache, Zugänge, Präsentationen, Personengruppen berücksichtigen etc.)
 - Arbeitsplatzausstattung für Praktikanten verbessern (Hilfsmittelpool)
 - Kalenderprogramm, Termine auch intern mit Check-Liste planen
 - Schulungen (Teamfindung, Bewusstseinsbildung, Veranstaltungsplanung, Öffentlichkeitsarbeit)
- die ausformulierten Handlungsansätze werden an die Sozialplanung geschickt und in den Aktionsplan aufgenommen

TOP 3 - Organisatorisches (Befragung/Fragebogen, Termine etc.)

- in der Projektgruppe wurde besprochen, dass eine Befragung von Menschen mit Behinderungen in Marburg durchgeführt werden soll, Ziel dieser Befragung ist es, ein Meinungsbild und Verbesserungs-Ideen zu erhalten, die Ergebnisse sollen die Grundlage für weitere Handlungsansätze sein
- es wird kein wissenschaftlicher Anspruch erhoben, das Meinungsbild soll Impulse für die Weiterarbeit geben
- als Themenfeld der Befragung wurde gemeinsam der Bereich "Sport, Kultur und Freizeit" festgelegt, weitere Handlungsbereiche werden nicht über eine Befragung thematisiert
- eine professionelle Übersetzung in leichte Sprache hätte über Herrn Nolte rund 115 € gekostet, da es sich nicht um eine wissenschaftliche Untersuchung und eine umfangreiche Erhebung handelt, wurde die Gestaltung in der Projektgruppe gemeinsam vorgenommen
- barrierefreie Gestaltung und Gestaltung in leichter Sprache
- Herr Günther hatte einen ersten Fragebogen entworfen, der von Frau Schroll, Frau Hühnlein und Frau Meier weiterentwickelt wurde
- das Ergebnis wird in der überarbeiteten Version vorgestellt und im Anschluss an die Sitzung allen Mitgliedern der Gruppe zugeschickt, Änderungswünsche sind bis zum 14. Juni mitzuteilen
- der Fragebogen wird dann durch Frau Hühnlein an die Behindertenverbände verschickt, Frist für die Abgabe der Bögen wird der 29. Juli sein
- das nächste Treffen der Projektgruppe beschäftigt sich mit dem Arbeitsbereich des städtischen Fachbereiches „Arbeit, Soziales und Wohnen“, der Fachbereichsleiter Herr Schmidt wird zu Gast sein
- es wird u.a. um Anschreiben, Informationsmaterial und Bewilligungsbescheide in leichter Sprache gehen, Handlungsbereich „Kommunikation und Information“
- erste Vorlagen gibt es zu den Mitwirkungspflichten und Miethöchstgrenzen
- weitere Themen: Asyl, Wohngeld, SGB XII, Behindertenhilfe etc.
- die Sozialplanung wird eine Terminabfrage über Doodle starten, um die darauf folgenden Termine festzulegen, Rückmeldefrist ist am 16. Juni
- die übernächste Arbeitssitzung wird sich mit den Leitideen und UN-BRK Artikeln der 9 Handlungsfelder beschäftigen

nächster Termin

- **Mittwoch, 22. Juni 2016, 16 bis 18 Uhr**
Thema: Was kann im Handlungsfeld des Fachbereiches Arbeit, Soziales und Wohnen für Menschen mit Behinderungen verbessert werden?

Gast:

- Herr Peter Schmidt, Leitung des städtischen Fachbereiches

Unterlagen und Protokolle: <https://www.marburg.de/sozialplanung> (→ Teilhabe)

Anlagen zum Protokoll

Anlage 1 – Inhaltsverzeichnis des Aktionsplanes, aktueller Zwischenstand im Erarbeitungsprozess

**Anlage 1 - Inhaltsverzeichnis des Aktionsplanes, aktueller Zwischenstand
im Erarbeitungsprozess, Stand: 09. Juni 2016**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Einführung

1. Handlungsfeld: Bildung

1.1 Handlungsbereich: Elementare Bildung

Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen (Rahmenvereinbarung)
Umsetzung erarbeiteter Standards in städtischen KITA-Einrichtungen
Fachberatung Integration/Unterstützung von Familien

1.2 Handlungsbereich: Schulische und außerschulische Bildung

1.2.1 Vom Förderbedarf unabhängige Bereitstellung von räumlich-sächlichen Ressourcen für alle Bildungsgänge

Kooperationen Förderschulen und allgemeine Schulen

1.3 Handlungsbereich: Erwachsenenbildung

1.3.1 Barrierefreie Volkshochschule

1.3.2 Inklusives Hochschulstudium an der Philipps-Universität

1.3.3 Interkulturelle Öffnung des Betreuungswesens

2. Handlungsfeld: Arbeit und Beschäftigung

2.1 Optimierung der Einzelfallhilfe in der Jugendberufshilfe

2.2 Berufsorientierung für Mädchen mit Behinderungen

2.3 Optimierung der Partizipation von Schüler/innen mit einem besonderem Förderbedarf an Berufsorientierungsmaßnahmen

2. Förderung von Frauen mit Behinderungen bzw. von Frauen, die von Behinderung bedroht sind innerhalb der Stadtverwaltung

2. Sensibilisierung von regionalen Unternehmen und mehr Beschäftigungsangebote schaffen

2. Mehr Arbeitsmöglichkeiten (Ausbildung und Beschäftigung) für Menschen mit Behinderung schaffen

2. Beteiligung des Integrationsfachdienstes an Arbeitsmarktgesprächen der Agentur für Arbeit

2. Verbesserung der Integration von schwerbehinderten Menschen mit psychischer Beeinträchtigung im Leistungsbezug des SGB II

2. Intensivierung der Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren für die Inklusion von erwerbsgeminderten Menschen im Sozialhilfebezug

2. Chancengleiche Arbeitsmarktintegration durch blista-Projekte

2. Einführen von Fallbesprechungen einführen (Netzwerk Inklusion)

3. Handlungsfeld: Bauen, Wohnen und Mobilität

3.1 Umsetzung des Marburger Wohnraumversorgungskonzeptes

3.2 Barrierefreies Bauen und barrierefreie Ausstattung als Standards

3. Gemeinschaftliches Wohnen und zusätzliche Begegnungsmöglichkeiten

3. Runde Tische zu Hochbaumaßnahmen und Verkehrsprojekten

3. Barrierefreiheit der Universitätsgebäude

3. Barrierefreie Bushaltestellen und Fahrgastinformationssystem

3. Barrierefreier öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

4. Handlungsfeld: Sport, Kultur und Freizeit

- 4.1 *Städtische Sportanlagen barrierefrei gestalten und vereinseigene Anlagen baulich verbessern*
- 4.2 *Qualifizierungs- und Beratungsprogramm für Sportvereine*
- 4.3 *Inklusive Angebote in den städtischen Bädern*
- 4.4 *Pilotprojekte Kultur und Inklusion*
- 4.5 *Inklusive Angebote der städtischen Jugendförderung*
- 4.6 *Barrierefreie Freizeitangebote für Mädchen im Haus der Jugend*
 - Ansatz: inklusiver Kulturführer (gedruckt und audiovisuell)
 - Ausbau der Fort- und Weiterbildung der Gästeführerinnen und Gästeführer

5. Handlungsfeld: Gesundheit und Pflege

5.1. Handlungsbereich: Gesundheit

- 5.1.1 *Verbesserung der ambulanten medizinischen Versorgung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität, insbesondere die gynäkologische Versorgung für Frauen in Marburg*
- 5.1.2 *Datenbank zur barrierefreien psychologischen Betreuung*

5.2 Handlungsbereich: Pflege

- *Ambulante (Nacht-) Pflege verbessern - Pflegekonzept*
- *Sozialraumanalyse Versorgungssystem*

6. Handlungsfeld: Kommunikation und Information

- *barrierefreie Öffentlichkeitsarbeit, Berichte und Broschüren, Internetauftritt*
 - *Wunsch einer Beschwerdestelle, Möglichkeit Verbesserungen anzuregen*
 - *Anlagen zu Bewilligungsbescheiden in leichter Sprache*
 - *Weiterentwicklung des Wegesystems in allen öffentlichen Gebäuden*
 - *Veranstaltung - Inklusion erlebbar machen*
6. *Informationsvermittlung in der Stadtbücherei*
6. *Barrierefreies Studienmaterial und Studienmanagement*

7. Schutz der Persönlichkeitsrechte

- 7.1 *Stärkung von Frauen und Mädchen mit Behinderung in Hinblick auf Gewalt (Gewaltprävention, Beratung nach Gewalterfahrungen)*
- 7.2 *Barrierearme Beratung von Frauen mit Behinderungen bei sexualisierter Gewalt und Belästigung*

8. Interessenvertretung

- 8.1 *Inklusive Arbeit im Marburger Kinder- und Jugendparlament*
 - *Sicherstellung der Beteiligung des Behindertenbeirates*
 - *Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an Planungsprozessen*
- 8. *Stärkung und Ausbau der Selbsthilfe*

9. Handlungsfeld: Statistik und Datensammlung

- 9.1 *Berichterstattung als Grundlage der Teilhabepanung*
- 9.2 *Wissenschaftskooperation in der Teilhabeforschung*
- 9.3 *Studie zur Lebenssituation und den geschlechtsspezifischen Bedarfen von Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigungen*

Anhang